

# Rheinberger Zeitung

Amfliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.

### Bezugs-Preis

in anderer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen und beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten fort ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich  
Carl E. Burmann



Druck und Verlag  
C. E. Burmanns Buchdruckerei  
Rheinsberg

### Anzeigen

für dieses Dienstag, Donnerstag und Samstag erhaltene Blatt werden mit 0,20 Mark für die 6-spaltige Zeile oder deren Raum berechnet und bis mittags 11 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten

Nr. 119

Fernsprecher

Dienstag, den 9. Oktober 1928.

Nummer 37

34. Jahrgang

Berlin, den 8. Oktober 1928.

## Chronik des Tages.

Der Präsident der Reichsbahn, Dr. Schacht, wurde vom Reichspräsidenten auf weitere vier Jahre im Amte befristet.  
Der „Graß Reppelin“ dürfte am heutigen Montag eine neue Verpfändung im Bereiche des Bodenteils unternehmen.  
Am Sonntag wurde auf der Reichsbahn das Zweiteinstufige eingeführt.  
Der Preussische Landtag hat das Kommunalwahlgesetz mit 204 gegen 155 Stimmen endgültig beschloffen; die Kommunalwahlen finden nunmehr im Herbst 1929 statt.  
Das mächtige Industrie- und Gewerbe-Verien feiert das 100-jährige Bestehen seiner Zersplitterung. In diesen 100 Jahren hat Vösten mit seinen Doppelerzeugnissen Weltfame erlangt.  
In Walzenburg haben am Sonnabend die Schlichtungs-Verhandlungen im niederösterreichischen Bergarbeiterstreik begonnen.  
Der bekannte Pionier der deutschen Luftfahrt Oberst a. D. Dr. von Obercron unternahm dieser Tage seinen 500. Freifallflug.  
Der Sandler Wessel in Eifen hat aus Eiferfucht die Feinde des Sändlers Gollong erschossen und dann Selbstmord begangen.  
Von der Schiffsfahrtschiffahrt im Welterfien ist der bekannte Finsbruder Bergfänger und Etklämer Paul Giers tödlich abgetürzt.

## Der Aufmarsch der Heimwehr.

Wiener-Neustadt glich am Sonnabend und Sonntag einem Heerlager. Die hierreichlichen Heimwehren veranfaleten in dieser Hochburg der Sozialdemokratie eine Massenfundgebung, der vielfach mit ernster Sorge entgegengefeuert wurde. Und das um mehr, als die Sozialdemokraten Gegenmaßnahmen gegen den ihrer Ansicht nach herausfordernden Heimwehraufmarsch veranfaleten wollten. Ungeachtet der Gegensätze zwischen den Parteien und der erregten Stimmung im Lande konnten Unbedenklichkeiten irgendwelcher Art leicht zu Explosionen führen. Nach langen Verhandlungen kam schließlich ein Kompromiß zustande. Im Zwischenfälle möglichst auszuschalten, wurden die Demonstrationen zeitlich getrennt und die Aufmärsche der Parteien genau abgegrenzt.

Der Sinn des Heimwehraufmarsches war der, eine Demonstration zu veranstalten. Man wollte die Werbung für die Heimwehren in das Industriegebiet tragen und gleichzeitig auch dem Kampf gegen die heftigen hierreichlichen Mißverhältnisse Ausdruck verleihen. Die hierreichlichen Hausbesitzer sind mit der Mehrschicht unzufrieden und beklagen sich über eine „sozialistische Enteignung“. Die Regierung will deshalb ein neues Mißverhältnis in Kraft setzen, durch das die Mieten heraufgejagt werden.

Eine Entfpannung war in letzter Stunde insofern zu verzeichnen, als die sozialdemokratische Parteileitung die Arbeiterstadt in Wien und im Winter im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung aufgegeben hatte, nicht nach Wiener-Neustadt zu fahren, sich vielmehr nur in genau bestimmten Bezirken bereit zu halten. Die Wehren haben trotzdem umfangreiche Sicherungsmaßnahmen getroffen; sie haben starke Militärs- und Gendarmereieinheiten nach Wiener-Neustadt transportiert, ja sogar Artillerie mobil gemacht. Sämtliche Truppen marschieren feibarmfähig ausgerüstet, mit Stahlhelmen und aufgespannten Bajonetten durch Wiener-Neustadt in ihre Quartiere.

Am auch für den schlimmsten Fall gerüstet zu sein, wurden in den stanktenhäusern der Stadt 300 Arbeiter und zahlreiche Tragbahnen bereitgestellt. Wiener trafen eine größere Anzahl Wiener Verze in Wiener-Neustadt ein. Ein Teil der Bürger ist durch diese Maßnahmen verunsichert und hat es vorgezogen, den Sonntag außerhalb der Stadtmauern zu verbringen. Den Gahrtenen bereiteten die Behörden eine Entfpannung, indem sie ein Alkoholverbot erließen. Wesentlich besser kamen die Fischer davon, die in den letzten Tagen mit Arbeit überhäuft wurden. Vorsichtige Geschäftleute ließen Holzverfahrungen für ihre Auslagen anfertigen; eine Vorsichtsmaßnahme, die offenbar anstehend wirkte, so daß die Fischereien bald hochbetrieb zu verzeichnen hatten.

Den Anfang der Tagung bildete ein Presseempfang durch den Führer der Heimwehren Dr. Eitelde. Dr. Eitelde erklärte, die Heimwehrbewegung sei in den Alpenländern entstanden und habe ihre Tätigkeit inzwischen auch auf das Industriegebiet ausgedehnt. Als Ziel der Heimwehrbewegung bezeichnete er die Schuß des Volkstums und der Eicherung, die Abwehr des Volkstums und der Eicherung, die Sicherung der bürgerlichen Rechte und der Eicherung. Die Demonstration in Wiener-Neustadt werde nicht die letzte ihrer Art sein. Am nächsten Sonntag, am 14. Oktober, werde eine Heimwehrtagung in Wien, am 21. eine solche in dem stark sozialdemokratischen Bichhofshof und am 12. Novem-

ber würde in Innsbruck ein Staatsfeiertag der Heimwehren stattfinden.  
Mit der Finsbruder Feier wollten sich die Heimwehren ausdrücklich auf den Boden des jetzigen Staates stellen und seine Ertüchtigung ebenso feierlich begehen, wie das bisher nur die Sozialdemokraten getan hatten.

Die innere Abrüstung, so meinte Dr. Eitelde, sei gut und schön, es müsse jedoch zunächst eine wirkliche Befriedigung eintreten. Das sozialdemokratische Schlagwort von der „Kauf auf der Gurgel des Staates“ müsse aufhören. Diese Kauf müsse heruntergeschlagen werden. Die Gurgel des Staates seien die öffentlichen Vertriebe. Bevor diese Bedingungen nicht erfüllt seien, gebe es für die Heimwehren keine innere Abrüstung.

Was die Haltung der Sozialdemokratie angeht, erblickt man in ihrem Lager in dem Heimwehraufmarsch in der sozialdemokratischen Hochburg eine offene Kampfanlage. Mit demselben Best, so erklärten die Sozialdemokraten, könne die sozialistische Arbeiterdemonstrationsausfänge in die Alpenländer unternommen. Auf diese Weise würden nur die Leidensfähigkeiten aufgeweckt. Bedenklich stimme ferner, daß der aus dem Kampfbuch bekannte frühere Adjutant Moskos Pabst eine führende Stellung in der Heimwehrbewegung innehatte.

Im Welche kann man die inneren Gegensätze, wie sie sich jetzt im fahmberwandten Deisterreich erneut offenbaren, nur bedauern. Allerdings werden die demgegenüber Kritik zu einem gut Teil auch dadurch verunsichert, daß Deisterreich zur „Selbstständigkeit“ verdammt ist, ohne dazu in der Lage zu sein. Das führt immer wieder zu grotesken Ertüchtigungen, und eine solche ist ohne Zweifel die Ertüchtigung einer Demarkationslinie und die Bezugsziehung von Artillerie bei einer Demonstration!

## Vertagung der Kommunalwahl.

Das Wahlgesetz vom Landtag mit 204 gegen 155 Stimmen verabschiedet. — Die Wahlen erfolgen im Herbst 1929.

— Berlin, den 8. Oktober 1928.

Der Preussische Landtag erledigte heute die dritte Lesung des Gesetzes über die Festsetzung des Termins für die Kommunalwahlen. Nach den Beschlüssen zweiter Lesung sollen die Wahlen zu den Provinzial- und Kreisräten mit den Gemeindevorständen vorgenommen werden, und zwar im Herbst 1929.

Nach kurzer Debatte wurde das Kommunalwahlgesetz in dieser Fassung mit 204 gegen 155 Stimmen in der Schlussabstimmung angenommen. Das Verbot der Ertüchtigung für die Kommunalwahlen wurde befristet, die Einführung von Wahlscheinen wurde abgelehnt.

Für der vorausgegangenen Debatte hatte Innenminister Gehrhardt erklärt, der Gelegeterzeit sei einbedacht worden, weil der Gedanke, die verschiedenen kommunalen Wahlen gemeinsam an einem Tage durchzuführen, eine breite Basis für sich gehabt habe. Hoffentlich werde der Landtag bei der Festlegung des gemeinsamen Wahltages auch im nächsten Jahre, wenn diese Frage akut werde, festhalten. Wenn Sie jedoch, so für die Minister fort, zugleich jenes Gesetz ändern, wonach die Wahlen zu den Gemeindevertretungen bis zum 31. Dezember dieses Jahres durchzuführen sind, so bedauere ich das. Über den Standpunkt der Kommunisten, daß hierin eine Verfassungsverletzung der Gemeinden liege, kann ich nicht billigen, denn über den Willen der kommunalen Parlamente steht der des Volksparlamentes. Da wir noch kein Ausföhrungsgefes für die Gemeindevorstände haben, hat der Landtag den Wahltermin festzusetzen. Hoffentlich werde man bald eine Städte- und Landgemeindeförderung verabschieden können, die dann auch einen einigigen Wahltermin für die kommunalen Wahlen festlegen kann. Wenn somit auch die allgemeinen kommunalen Wahlen zurückgestellt werden sollen, so wird doch für die neugebildeten kommunalen Körper die Wahl in mehreren Rufen durchgeführt werden müssen. Hier kommen namentlich die Fälle in Frage, wo ein Ortsgebiet in eine Landgemeinde umgewandelt wurde oder wo eine Landgemeinde aufgelöst oder mit anderen zusammengelegt worden ist. Als Termin für diese durchzuführen Wahlen möchte ich am 2. Dezember festhalten und ich werde eine entsprechende Empfehlung mit einer Aufstellung derjenigen Bezirke, in denen gewählt werden mußte, an die Regierungspräsidenten gelangen lassen. (Beifall.)

## Landtag bis zum 5. November vertagt.

Der Antrag auf Erlaß einer Beamten-Einstellungsgeht an den Beamtenausföhr.

Das Haus legt sodann die Beratung des Antrages Eberbach (Dnt.) fort, der eine Anstehung für die wegen Dienstvergehens aus politischen Gründen disziplinierten Beamten fordert.  
Abg. Antner (Sop.) wendet sich gegen die Behauptung, daß der alte Staat mehr Gerechtigkeit und Toleranz bewiesen habe als der neue. Abg. Steuer (Dnt.) erklärt, der jetzige Staat lüde die Beamten in der Frage ihrer politischen Habereuegung auf allen möglichen „Schleibwegen“ zu befähigen. Abg. Kober (Komm.) wendet sich gegen die Disziplinierung. Abg. Meyer-Herford (D. Vp.) erklärt sich für seine Fraktion bereit, in eine Prüfung der Disziplin-

anfrage einzutreten. Die baldige Verabschiedung eines Disziplinierungsgesetzes sei sehr erwünscht. Abg. Karleis-Hannover (Dem.) nimmt der Ausführungen des Vorschlags in allgemeinen zu. Ehrenfähige Handlungen der Beamten dürften aber nicht amnestiert werden. Man müsse prüfen, ob der neue Staat sich nicht zu tolerant gegenüber den politischen Beamten verhalte. Abg. Mann (Wirtsch.) protestiert gegen die Bemerkung der Herrin. Notwendig sei die Ertüchtigung eines neuen Disziplinierungsgesetzes. Abg. Dr. Pönitz (D. Vp.) begrüßt den disziplinierunglichen Antrag. Abg. Kube (Nat. Sop.) wendet sich in heftigen Angriffen gegen die Demokraten.

Nach einem kurzen Schluswort des Abg. Antasowitsch (Dnt.) wird der disziplinierungliche Antrag an den Gemeindevorstand verwiesen. Die Antasowitsch auf Ertüchtigung der Ertüchtigung des Schachtes Rhein I erklärt der Landtag unter Bezugnahme auf die Ertüchtigungen der Regierung als erledigt.

Das Haus vertagt sich auf den 5. November.

## Abschluss der Verlegerertagung.

Festvorstellung in der Staatsoper. — Fuldigungsfeierstamm an den Reichspräsidenten.

Der offizielle Teil der diesjährigen Haupttagung des Vereines Deutscher Zeitungsverleger in Berlin fand mit einer Festvorstellung in der Staatsoper seinen Abschluss. Neben den Gästen aus dem Reich sah man viele prominente Köpfe aus allen Gegenden des öffentlichen und künstlerischen Lebens der Reichshauptstadt. In der Ehrenloge saßen die Mitglieder der Reichsregierung fast vollständig, an der Spitze Reichstanzler Müller mit seiner Gattin. Neben ihnen sah man den Befandenen Deisterreichs, Dr. Franz, und den Reichstagspräsidenten Löbe.

In der vorausgegangenen letzten geschäftlichen Sitzung wurden der Entwurf des neuen Reichspressgesetzes und die

Entwürfe zur Sicherung der Unabhängigkeit der Presse behandelt. Als Ort der nächstjährigen Hauptversammlung wurde Heidelberg bestimmt. An den Reichspräsidenten v. Hindenburg wurde folgendes Telegramm gelangt:

Die zu ihrer Tagung in Berlin versammelten deutschen Zeitungsverleger erbateten Eurer Excellenz, dem erwählten Führer des deutschen Volkes, ihren ehrendürftigen Gruß. Die am Verein Deutscher Zeitungsverleger zusammengekommenen deutsche Verleger wünschlich sich einig mit den Herrin Königen für die würdige Persönlichkeit des Reichspräsidenten und ist dankbar für die gütige Anteilnahme und Anerkennung, die sie bei ihm stets gefunden hat. Die verantwortungsbewusste Mitarbeit der deutschen Presse am Aufbau des Staates und die Förderung aller Volkshütereffen durch die deutschen Zeitungen erhalten aus dieser Anteilnahme und Anerkennung die wertvollste Anregung und Ertüchtigung.

## Das Wachstum des Volkes.

Die Geburtenziffern von 40 v. J. 1876 auf 19 v. J. 1927 zurückgegangen. — Oberbürgermeister Dr. Wolf ist pessimistisch.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Franz von Mendelssohn hielt der Hauptausföhr des Deutschen Bauern- und Handelsrats nach der sommerlichen Ertüchtigung erstmals über eine Sitzung in Berlin ab. Oberbürgermeister Dr. Wolf, Erster Stadtrat der Handelskammer Duisburg, gab in seinem Vortrag über das Bevölkerungsproblem im Zusammenhang mit der Wirtschaft ein Bild von der tiefgehenden Verfestigung, die sich im Bevölkerungswachstum der ganzen Welt zu Ungunsten Europas und zugunsten Amerikas, Afrikas und der slawischen Bevölkerung vollzogen hat. Für läßt parallel die Verminderung des europäischen und des deutschen Anteils an der Weltproduktion und am Weltbestand. In Deutschland sei die Geburtenziffer seit 1876 von über 40 v. J. auf etwa 19 v. J. 1927 gesunken. Damit sei ein Punkt erreicht, der ein weiteres Wachstum des deutschen Volkes in Frage stellt. Die Möglichkeit, die heutige Kurve ins Gegenteil zu verkehren, sah Wolf als nicht sehr groß an. Gelegeterliche Maßnahmen in anderen Ländern hätten wenig Erfolge erzielt. Gütliches Gemüt letzte der Vortragende auf alle Bestrebungen, die geminderte Zahl der Menschen durch Ertüchtigung der Leistungsfähigkeit des einzelnen Menschen auszugleichen.

Der Schlus der Tagung war einer eingehenden Aussprache über die wirtschaftliche Lage gewidmet. Einmütig wurde

die Lage der deutschen Wirtschaft als ernst angesehen; es wurde zum Ausdruck gebracht, daß nur unter einer maßvollen, Experimente vermeidenden Staatsführung die Schwierigkeiten überunden werden können. Gerade wenn Verhandlungen über die engfristige Lösung der Reparationsfrage einbezogen sollten, werde es notwendig sein, die Kräfte verhältnismäßig der Wirtschaft wie ihre internationale Abhängigkeit klar zu erkennen und danach bewußt zu handeln.